

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	11
<i>Erstes Kapitel</i>	
<b>Abbau subjektiver Rechte und Publifizierung des objektiven Rechts</b>	14
§ 1: Die rechtliche Situation am Ende des 18. Jahrhunderts	14
1. Sinn und Präzisierung der rechtshistorischen Fragestellung	14
2. Nachbarklage aus Polizeirecht?	15
3. Dominanz subjektivrechtlicher Konfliktregulierung im Verhältnis der Bürger	17
4. Dreipolige Konfliktsituationen unter Beteiligung der Obrigkeit	20
5. Differenzierung zwischen begünstigenden und berechtigenden Normen	21
§ 2: Die Ausdünnung des subjektivrechtlichen Interessenschutzes auf der Ebene des materiellen Rechts im 19. Jahrhundert	22
1. Die Ziele: Freiheit der Gewerbe und des Bauens	23
2. Das Mittel: Vom wohlerworbenen Recht des Privilegierten zum Recht aller auf freies Handeln	24
a) Die subjektivrechtliche Indifferenz des „Verwaltungs“-Rechts	24
b) Abbau subjektiver Rechte durch Publifizierung des materiellen Rechts	26
c) Gewerbefreiheit gegen Lübisches Nachbarrecht	29
d) Abbau subjektiver Nachbarrechte bei Inkrafttreten des BGB	31
§ 3: Präklusion privatsachbarrechtlicher Abwehransprüche durch behördliche Anlagengenehmigung	32
1. Eine privatsachbarrechtliche Gegenbewegung: die Ausbildung der Nega- torienklage	32
2. Die öffentlichrechtliche Eingrenzung des verbleibenden Privatsachbar- rechts: behördliche Anlagengenehmigung mit materieller Präklusions- wirkung	34
a) Der Ausgangskonflikt	34
b) Die Entwicklung öffentlich-gewerberechtlicher Anlagengenehmigungs- verfahren mit Präklusionswirkung für private Rechte Dritter	35

aa) Preußisches Recht	35
(1) Anfänge der materiellen Präklusion durch öffentlichrechtliche Genehmigung im Wassermühlenrecht	35
(2) Sonstiges gewerbliches Anlagengenehmigungsrecht bis 1845	37
(3) Die Gewerbeordnung von 1845	38
bb) Sächsisches Recht	40
cc) Zur öffentlich-gewerberechtlichen Anlagengenehmigung in anderen Staaten	41
dd) Die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund von 1869 (Reichsgewerbeordnung)	42
§ 4: Die württembergische Sonderentwicklung: erste Ausbildung und Demontage einer öffentlichrechtlichen Nachbarklage	44
1. Die Zulassung der öffentlichrechtlichen Nachbarklage durch den Geheimen Rat	44
2. Die Reform des Baurechts und der Streit um die öffentlichrechtliche Baunachbarklage	46
a) Die Bauordnung von 1872/73	46
b) Die Kontroverse zwischen Geheimem Rat und von Sarwey um die öffentlichrechtliche Baunachbarklage	47
c) Das Ende der öffentlichrechtlichen Nachbarklage in Württemberg	49

## *Zweites Kapitel*

<b>Die Wiedergewinnung des subjektivrechtlichen Interessenschutzes aus dem öffentlichen Recht</b>	51
§ 5: Die Situation bei Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit oder: das Dilemma des subjektiven öffentlichen Rechts	51
§ 6: Die öffentlichrechtliche Baunachbarklage in der verwaltungsgerichtlichen Judikatur bis 1933	54
1. Preußisches Oberverwaltungsgericht: generelle Ablehnung der öffentlichrechtlichen Baunachbarklage	54
2. Württembergischer Verwaltungsgerichtshof: exzeptionelle Zulassung der öffentlichrechtlichen Baunachbarklage	56
3. Braunschweigischer Verwaltungsgerichtshof: prinzipielle Anerkennung der öffentlichrechtlichen Baunachbarklage	57
4. Sächsisches Oberverwaltungsgericht: volle Ausbildung der öffentlichrechtlichen Baunachbarklage auf der Grundlage der Schutznormtheorie	59
a) Die rechtliche Ausgangssituation	60
aa) Vor 1900	60
bb) Das neue Recht	61

Inhaltsverzeichnis	9
b) Die Rechtsprechung zur öffentlichrechtlichen Baunachbarklage . . . .	61
aa) „Beteiligter“ und subjektives öffentliches Recht des Nachbarn . . .	61
bb) Die Rechtsprechung im einzelnen . . . . .	63
cc) Die Kriterien nachbarschützender Normqualität . . . . .	66
dd) Die tragenden Grundwertungen . . . . .	67
5. Bestimmungsgründe der gegensätzlichen Judikaturen zur öffentlichrecht- lichen Baunachbarklage . . . . .	69
§ 7: Die Auswirkungen des nationalsozialistischen Rechtsdenkens auf die öffent- lichrechtliche Baunachbarklage . . . . .	73
1. Nationalsozialistisches Rechtsdenken, subjektives öffentliches Recht und öffentlichrechtliche Baunachbarklage . . . . .	73
2. Die neue Rechtsprechung des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts zur öffentlichrechtlichen Baunachbarklage . . . . .	75
a) Die gewandelte Auffassung von der öffentlichrechtlichen Nachbar- klage . . . . .	75
b) Die weitere Entwicklung: Restriktion und Ambivalenz . . . . .	77
§ 8: Die öffentlichrechtliche Nachbarklage gegen gewerberechtlich genehmigte Anlagen bis 1945 . . . . .	79
1. Zur Zulässigkeit des Verwaltungsgerichtsweges gegen Anlagengenehmi- gungen nach §§ 16 ff. GewO . . . . .	79
2. Materiell-gewerberechtliche Defizite . . . . .	80
§ 9: Die öffentlichrechtliche Nachbarklage in der Rechtsprechung nach 1945 . . .	81
1. Die öffentlichrechtliche Baunachbarklage . . . . .	82
a) Entwicklungsphasen . . . . .	82
b) Entwicklungsbedingungen . . . . .	85
2. Die öffentlichrechtliche Nachbarklage gegen gewerberechtlich genehmigte Anlagen . . . . .	88
<b>Zusammenfassung und Einschätzung</b>	91
<b>Literaturverzeichnis</b>	101